

Sehr geehrte Mitglieder der Landesgruppe Sachsen,

kürzlich haben Fachpolitiker von CDU und SPD sich für eine höhere Besteuerung von Alkohol ausgesprochen. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) hat dieses Anliegen bereits mit dem anhängenden Schreiben an die betreffenden Mitglieder des Bundestages ausdrücklich begrüßt. Dieser Schritt ist längst überfällig, denn den Einnahmen aus den Verbrauchssteuern für alkoholische Getränke von 2.917 Mio. Euro (DHS, 2025) stehen um ein Vielfaches höhere Folgekosten von etwa 57,04 Mrd. Euro (DHS, 2025) gegenüber. Es geht nicht nur um die Gefährdung, eine Suchtmittelabhängigkeit zu entwickeln, sondern auch um eine Vielzahl von alkoholbedingten Folgeerkrankungen, wie z. B. Krebs, Herz-Kreislauferkrankungen, Leberzirrhose. Im deutschlandweiten Vergleich liegt Sachsen 2023 bei den Alkoholtoten an dritter Stelle. Verhaltensstörungen durch Alkohol bilden seit Jahren die zweithäufigste Diagnose in sächsischen Krankenhäusern. Weitere sächsische Daten finden Sie in unserer jährlichen Veröffentlichung unter: [Sucht2024.pdf](#)

Sucht- und Gesundheitsprävention kann nur wirksam sein, wenn sich verhaltens- und verhältnisbezogene Maßnahmen ergänzen. Im Bereich der Verhältnisprävention besteht in Deutschland erheblicher Nachholbedarf. Im aktuell veröffentlichten Public-Health-Index belegt Deutschland den 17. von 18 Rängen. Ende Januar bekannte sich Sachsen beim Besuch des Sucht- und Drogenbeauftragten Prof. Dr. Streeck dazu, verstärkt auf Präventionsmaßnahmen zu setzen. Wir bitten Sie daher nicht nur, sich für die notwendige Erhöhung der Verbrauchssteuern auf alkoholische Getränke einzusetzen, sondern auch zu überdenken, die Herstellung und den Handel von legalen Suchtmitteln, wie Tabak, Alkohol sowie Glücksspielangeboten mit einer zweckgebundenen Abgabe zu belegen, um die Finanzierung von Prävention, Forschung und Behandlung von Abhängigkeitserkrankungen und anderen Konsumfolgen zu sichern und den dringend notwendigen Ausbau zu ermöglichen.

Als Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. in deren Co-Trägerschaft sich auch die Fach- und Koordinierungsstelle für Suchtprävention in Sachsen befindet, wenden wir uns mit der dringenden Bitte an Sie, diese Anliegen im Deutschen Bundestag zu unterstützen und voranzubringen. Bitte leisten Sie ihren wichtigen Beitrag für die Gesundheit und die Gesunderhaltung der sächsischen Bevölkerung!

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

B. Drowatzky
Vorstandsvorsitzende

S. Hauffe
Leiterin der Geschäftsstelle